



Wettbewerb der Ideen fördern

Raiffeisenzeitung/Hauptausgabe Ausgabe 48/2023 | Seite 10 | 30. November 2023
Auflage: 36.000 | Reichweite: 104.400

VAIÖ

REFORM

Wettbewerb der Ideen fördern

Neue Studie des Economica-Instituts zeigt, welche Vorteile der Ausbau einer kapitalgedeckten Altersvorsorge hätte, und will damit notwendige Reformen anstoßen.



ADOBE STOCK

Das österreichische Pensionssystem bietet im internationalen Vergleich hohe Leistungen. Das staatliche Umlageverfahren verursacht aber auch überdurchschnittlich hohe Kosten für die Volkswirtschaft, wie eine aktuelle Benchmark-Studie des Economica-Instituts im Auftrag der Vereinigung ausländischer Investmentgesellschaften in Österreich, kurz VAIÖ, zeigt. Im Vergleich der EU-Staaten liegt Österreich beim öffentlichen Pensionsaufwand im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung mit 13,9 Prozent des BIP an dritter Stelle, 2,1 Prozentpunkte über dem EU-Durchschnitt.

Die Ausgaben des Umlageverfahrens von 58,7 Mrd. Euro im Jahr 2021 sollen gemäß der Prognose des Rechnungshofs auf 167,5 Mrd. Euro im Jahr 2050 steigen. Gleichzeitig erhöht sich die Finanzierungslücke, also der Zuschuss aus dem Bundeshaushalt, von 19,8 Mrd. Euro (4,6 Prozent des BIP) auf 72,3 Mrd. Euro (6,8 Prozent des BIP). Das kumulierte Defizit der Pensionsversicherungsträger beträgt bis 2050 somit rund eine Billion Euro, rechnet Economica-Vorstandsmitglied Christian Helmenstein vor und zeigt sich schockiert

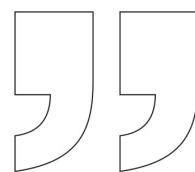
VON ELISABETH HELL

über die Zahl: „Das ist zum ersten Mal im österreichischen ökonomischen Kontext, dass wir über eine Billionen-Dimension sprechen. Was wenn nicht diese Zahl, sollte die Politik motivieren, dringendst Reformen anzugehen. Was könnte man bis zum Jahre 2050 mit einer Billion Euro alles an zukunftsorientierten Investitionen leisten?“

Hoher Aufholbedarf

Die Pensionskosten des Umlageverfahrens sind deutlich überdurchschnittlich. Helmenstein: „Österreich weist im OECD-Vergleich die vierthöchsten Pensionsausgaben auf.“ Dagegen liegen die Pensionsausgaben der betrieblichen und privaten Pensionskassen in Österreich unter der Hälfte des OECD-Durchschnitts – deutlich niedriger als in den Niederlanden, Dänemark oder der Schweiz und Schweden. Das veranlagte Vermögen von Pensionsfonds ist in Österreich ebenfalls deutlich unterdurchschnittlich. Mit einem Wert von 6,7 Prozent des BIP hat Österreich seit 2011 sogar zwei Plätze verloren und lag 2021 nur an 34. Position unter 38 OECD-Staaten, die im Schnitt bei 105 Prozent des BIP liegen.

Aufgrund der Benchmark-Studie analysierte Helmenstein Entlastungsszenarien für den öffentlichen Haushalt durch den Ausbau der kapitalgedeckten Altersvorsorge. Die Leistungsansprüche der Pensionisten sollen sich dabei nicht reduzieren. Es wurden zwei Szenarien untersucht, wobei in Szenario 1 die Finanzierungslücke auf 5 Prozent des BIP und in Szenario 2 auf 3 Prozent des BIP beschränkt wird. Um dieses reduzierte Niveau an öffentlichen Pensionszuschüssen zu erreichen, muss im Jahr 2050 ein Auszahlungsvolumen der Pensionskassen je nach Szenario von 12,0 bzw. 33,3 Mrd. Euro angepeilt werden, um das Leistungsniveau konstant zu halten. Bei einer unterstellten nominellen (Netto-)Rendite von 4 Prozent p.a. der Veranlagungen der Pensionskassen, die neben dem Abbau



Österreich weist im OECD-Vergleich die vierthöchsten Pensionsausgaben auf.“

Christian Helmenstein

des angesparten Kapitals für die Auszahlung der Pensionsansprüche verwendet werden soll, muss das Vermögen der Pensionskassen im Jahr 2050 233,9 Mrd. Euro (21,9 Prozent des BIP) bzw. 501,2 Mrd. Euro (47,1 Prozent des BIP) betragen. Ende 2022 lag das Vermögen der Pensionskassen bei 24,8 Mrd. Euro.

Aus der Studie werden keine klaren Empfehlungen an die Pensionspolitik abgegeben. „Wir wollten aufdecken, dass etwas passieren muss und einen Wettbewerb der Ideen initiieren“, sagt VAIÖ-Generalsekretär Berndt May. Für Christian Helmenstein hätte das dänische Modell, das die kapitalgedeckte Altersvorsorge sozialpartnerschaftlich über Kollektivverträge regelt, einen besonderen Charme.